

14.06.2012
096a

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



*Sperrfrist: Donnerstag, 14. Juni 2012, 18.30 Uhr!
Es gilt das gesprochene Wort!*

**„Ohne eine echte Wertegemeinschaft kann auch keine
verlässliche Rechtsgemeinschaft aufgebaut werden“**

**Christliche Impulse für
ein solidarisches und freiheitliches Europa**

**Vortrag
des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz,
Erzbischof Dr. Robert Zollitsch,
in der Veranstaltungsreihe „Mein Europa!“
am 14. Juni 2012 in Düsseldorf**

Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Einladung nach Düsseldorf und die freundliche Begrüßung. Ich bin gerne gekommen, um heute bei Ihnen und mit Ihnen in der Vortragsreihe „Mein Europa!“ zu sprechen. Wir tun dies in einer Zeit, in der das Thema „Europa“ in nahezu aller Munde ist – wenn auch wohl nicht gerade in der Weise, wie wir uns dies wünschen würden. Denn wir erleben, was der Berliner Politikwissenschaftler Professor Herfried Münkler vor wenigen Tagen in einem Interview mit dem Deutschlandfunk so ins Bild brachte: „Es kommt derzeit zu einer kräftigen zentrifugalen Bewegung. Die Unterstützung für Europa ist deutlich erodiert.“

I.

Diese zentrifugalen Kräfte machen es nicht gerade einfach, heute Abend über Solidarität und Einheit in Europa zu sprechen. Derzeit scheint jeder auf sich gestellt und muss schauen, wie weit er alleine kommt. Insbesondere Spanien kann heute Abend auf wenig Unterstützung aus Deutschland hoffen. Denn es ist Fußball-Europameisterschaft, und in einem solchen Turnier zählt der Wettbewerb, nicht die Solidarität. Sie sind heute Abend aber nicht zum „Public viewing“ des Fußballspiels gekommen, sondern um einen grundlegenden Blick auf Europa zu werfen und gemeinsam über die Herausforderungen und Chancen zu diskutieren. Und da bestimmen drei Tage vor den erneuten Parlamentswahlen in Griechenland andere, weiterreichende

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Ruf: 0228-103-0
Direkt: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: <http://www.dbk.de>

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

Aspekte als die Unterstützung der Nationalmannschaft die Debatte über die Frage nach der Zukunft Europas.

Im Vorfeld der griechischen Wahlen am kommenden Sonntag treten ganz klar unterschiedliche Lesarten der Solidarität in der Europäischen Union zutage. Die einen, die enorme Geldsummen für Garantien für die Staatsschulden anderer Länder zur Verfügung gestellt haben, halten es für unsolidarisch, dass die Griechen sich bei der letzten Wahl mehrheitlich für Parteien ausgesprochen haben, die die bisherigen Einigungen in Frage stellen und noch mehr finanzielle Unterstützung für ihr Land fordern. Vielen Griechen erscheint es hingegen unsolidarisch, wenn die wohlhabenden Länder, die wirtschaftlich stark von der Gemeinschaftswährung profitiert haben, nur zögerlich Hilfe leisten und Reformen mit immensen sozialen Einschnitten verlangen.

Damit hat die derzeitige Eurokrise gerade die Frage nach der Solidarität in Europa mit enormer Wucht und Dringlichkeit aufgeworfen. Bis vor zwei Jahren hätte jeder ganz abstrakt die Aussage unterstützt, Europa sei solidarisch. In Zeiten von Rettungsschirmen, Schuldenschnitten und in Zeiten der Diskussion über einen möglichen Austritt aus der Währungsunion, ja nach dem Bestand der gemeinsamen Währung und der Europäischen Union insgesamt, drängt sich nun aber ganz konkret die Frage auf, was wir unter einem solidarischen und freiheitlichen Europa eigentlich zu verstehen haben.

Wenn man einen Blick in den Vertrag über eine Europäische Union wirft, dann äußert schon die Präambel den Wunsch, „die Solidarität zwischen ihren Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Traditionen zu stärken“. Und in der Definition der Ziele der Europäischen Union (EU) in Artikel 3 besagt der dritte Absatz: „Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.“ Es gibt also dem rechtlichen Wortlaut nach keinen Zweifel daran, dass die Europäische Union eine solidarische Gemeinschaft bildet. Dies gilt nach innen zwischen den Mitgliedstaaten, aber auch nach außen hin. Denn über die Beziehungen zur übrigen Welt bestimmt der Artikel 5 des EU-Vertrags, dass die EU einen Beitrag leistet „zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu freiem und gerechtem Handel, zur Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte“.

II.

Rufen wir uns kurz in Erinnerung wie es eigentlich zum geeinten Europa gekommen ist. Machen wir uns bewusst, welchen fundamentalen Wert ein Europa darstellt, das gern als Kontinent des Friedens bezeichnet wird? Ist es doch mit Blick auf die Geschichte unseres Kontinents noch gar nicht lange her, dass die Staaten Europas in Kriege gegeneinander versunken waren; dass von Erbfeindschaften die Rede war; und dass vor allem von Deutschland schwerstes Unrecht, schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit und

ungeheuerlicher Völkermord ausgegangen sind. Doch auch in den Zeiten eines lauten, überbordenden und martialischen Nationalismus war – Gott sei Dank! – das Bewusstsein für die Gemeinsamkeiten und die Sehnsucht nach einem friedlichen, geschwisterlichen Zusammenleben in Europa nie ganz verschüttet gewesen – auch und gerade nicht in der Kirche. Es waren nicht wenige, die selbst unter der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus klaren Kopf bewiesen und – unter Einsatz ihres Lebens – mutig für ein friedliches und geeintes Europa eintraten. Ich darf als Beispiel an Max Josef Metzger erinnern, einen beeindruckenden, wenn auch eher wenig bekannten Priester meiner Erzdiözese Freiburg, dessen Seligsprechungsprozess derzeit läuft. Die beiden großen Ziele, für die Max Josef Metzger sich ein Leben lang eingesetzt hat und wofür er am Ende auch sein Leben lassen musste, waren Frieden und Einheit. Dieses Vermächtnis hat er uns aus der Todeszelle in Berlin überlassen. Es ist auch auf seinem Grabstein in Meitingen festgehalten: *„Ich habe mein Leben Gott angeboten für den Frieden der Welt und für die Einheit der Kirche“*.

Max Josef Metzger kam 1914 im Alter von 27 Jahren als Divisionspfarrer an die französische Front. Dort war er unmittelbar mit den Schrecken und Grausamkeiten des Ersten Weltkrieges konfrontiert. Infolge schwerer Krankheit kehrte er nach einem Jahr in die Heimat zurück. Von da an war er ein leidenschaftlicher Kämpfer für Völkerfrieden und Völkerverständigung. Im Jahre 1917 entwickelte er ein *„Internationales religiöses Friedensprogramm“*. Er ließ es dem damaligen Papst Benedikt XV. zukommen, der sich dazu äußerst zustimmend geäußert hat. Ebenfalls im Jahr 1917 gründete Dr. Metzger den *„Weltfriedensbund vom weißen Kreuz“* und er war 1919 führend an der Gründung des *„Friedensbundes deutscher Katholiken“* beteiligt. Er nahm an mehreren internationalen Friedenskonferenzen teil und hat an der Vorbereitung der Völkerbundkonferenz 1920 in Bern mitgewirkt. Nach der Stalingradkatastrophe verfasste Metzger ein Memorandum über die staatliche Neuordnung Deutschlands und die Einbindung der deutschen Nation in eine Weltfriedensordnung. Im Hitlerregime jedoch galten solche Thesen als Hochverrat. Seine Thesen – für uns heute selbstverständliche Säulen des Rechtsstaates – wurden ihm zum Verhängnis. So wurde er am 14. Oktober 1943 vom Volksgerichtshof unter dem Gerichtsvorsitzenden Roland Freisler zum Tode verurteilt und am 17. April 1944 im Zuchthaus Brandenburg-Görden durch das Fallbeil hingerichtet.

Es ist erstaunlich und fast unglaublich, wie konsequent er in seine Überlegungen das künftige Nachkriegsdeutschland – befreit vom Ungeist des Nationalsozialismus – in ein vereintes Europa mit einband. Die Achtung des Lebensrechts anderer Völker, die Sicherung der freiheitlichen Grundrechte in Religionsausübung und Meinungsäußerung und entscheidend auch die Unantastbarkeit der persönlichen Würde eines jeden Menschenlebens waren die Säulen seines Friedenskonzeptes. Diese zur damaligen Zeit kühne Vision, wurde nach den Schrecken und Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs politisch wirksam auch von einer Reihe großer Persönlichkeiten entworfen, ich denke zum Beispiel an Robert Schuman, Alcide de Gasperi, Jean Monnet und Konrad Adenauer. Sie waren überzeugte Christen und sie waren

überzeugte Demokraten, die Europa aus der tiefsten Krise seiner Geschichte herausholen und auf den Ruinen des Zweiten Weltkriegs ein erneuertes und geeintes Europa bauen wollten. Daraus entwickelte sich – von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Europäische Gemeinschaft zur Europäischen Union – das einzigartige europäische Erfolgsmodell, das unserem Kontinent nicht nur Frieden und Freiheit gesichert, sondern auch wachsenden Wohlstand, Freiheit und nicht zuletzt eine gemeinsame Währung gebracht hat. In den Mitgliedsländern herrschen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit: Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts sichert Frieden und Freiheit; und Kriege untereinander gehören hoffentlich endgültig der Vergangenheit an. Wir haben allen Grund, dafür dankbar zu sein.

III.

Was aber waren die Voraussetzungen für diese Entwicklung Europas? Was hat sie gefördert, was war für sie prägend? Unsere europäische Kultur ist in Jahrhunderten gewachsen und lebt von tragenden Werten. Im Bild gesprochen, sind es vier Hügel, auf denen unsere europäische Identität wurzelt: Der Areopag in Athen mit den griechischen Idealen von Freiheit und Demokratie; das Kapitol in Rom mit dem klassischen Ideal von Recht und Gerechtigkeit; der Sinai mit dem Dekalog und der Bundesweisung Gottes; und schließlich der Berg Kalvaria in Jerusalem, auf dem Jesus Christus für uns in den Tod ging und bis heute zeigt, dass Liebe und Solidarität größer sind als alles, was wir uns ausdenken und erfinden können.

Unsere abendländisch christliche Kultur hat die tragenden Ideen und Werte der Antike aufgenommen und integriert. Durch Jesus Christus und sein Evangelium erhielten sie ein neues Vorzeichen. Solidarität und Nächstenliebe machen Freiheit, Recht und Gerechtigkeit zu wahrhaft menschlichen Werten.

Werte sind ja nichts Abstraktes, sind keine leeren Worthülsen, sondern prägen unseren täglichen Umgang und das menschliche Zusammenleben. Mit Werten ist es ähnlich wie mit unserer Gesundheit: Erst wenn sie fehlen, spüren wir ihre Notwendigkeit und den Mangel. Wer sich auf das Gedankenexperiment einlässt, sämtliche Spuren des Christentums aus unserer europäischen Kultur zu tilgen, der würde sich schnell vor einem toten Gerippe oder einem seelenlosen Gehäuse wiederfinden. Denn nicht nur Würde und Freiheit des Menschen, soziale Gerechtigkeit und Solidarität haben hier ihre Wurzeln. Gerade auch die Sorge um Kranke, Schwache und um Hilfsbedürftige ist ein Markenzeichen und unverwechselbares Gütesiegel des christlichen Glaubens von seinen Anfängen bis heute. Keine Frage, das biblische Menschenbild hinterlässt deutliche Spuren in der Geschichte des modernen Rechts- und Sozialstaats. Denn kamen nicht auch mit dem Evangelium die breite Bildung und das Wissen in viele Länder der Erde? Klöster waren Hochburgen der Kultur; Theologen Pioniere der Wissenschaften, das Christentum Wegbereiter und Hebamme der heutigen Schulen und Internate und nicht zuletzt der mittelalterlichen Universitäten.

Auch Kunst, Literatur, Musik und Architektur des mittel- und westeuropäischen Raumes bezeugen diese geistigen und geistlichen Wurzeln auf das eindrucklichste. Man darf mit Recht feststellen: Die Bindewirkungen und die identitätsstiftenden Kräfte, die aus der gemeinsamen

– wenn auch allzu häufig unfriedlichen Geschichte – aus einer gemeinsamen Kultur und insbesondere aus gemeinsamen religiösen Grundüberzeugungen und damit auch aus einem gemeinsamen Wertesystem erwachsen, haben den konkreten europäischen Einigungsprozess wesentlich erleichtert, gefördert und vermutlich sogar erst möglich gemacht. „Immer wieder“, so hat es Papst Benedikt XVI. hervorgehoben, „immer wieder geht es letztlich um die Frage nach der Identität und den geistigen Fundamenten, auf denen die Staaten- und Völkergemeinschaft der Europäer beruht. Weder eine mehr oder weniger gut funktionierende Wirtschaftsunion noch ein bürokratisches Regelwerk des Zusammenlebens können die Erwartungen der Menschen an Europa vollends erfüllen. Die tieferen Quellen eines tragfähigen und krisenfesten europäischen Miteinanders liegen vielmehr in den gemeinsamen Überzeugungen und Werten der christlichen und humanistischen Geschichte und Tradition des Kontinents. Ohne eine echte Wertegemeinschaft kann letztlich auch keine verlässliche Rechtsgemeinschaft, die sich die Menschen erhoffen und erwarten, aufgebaut werden.“

Zweifellos, wir dürfen, ja wir müssen dankbar sein für den Frieden in unseren Ländern und in Europa. Noch nie gab es eine so lange Friedenszeit zwischen den Völkern Europas wie die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute. Diese Friedensepoche haben wir in erster Linie dem europäischen Einigungswerk zu verdanken. Wir dürfen nicht müde werden, diese friedensstiftende und versöhnende Rolle Europas auch heute zu betonen. Nichts mahnt uns mehr zu einer gemeinsamen europäischen Zukunft als unsere Vergangenheit. Wir spüren deutlich: Europa wächst zusammen. Wovon unsere Vorfahren noch nicht einmal zu träumen wagten, das ist heute Wirklichkeit. Jedes Mal wenn ich in Europa unterwegs bin, erinnere ich mich an die Zeiten, in denen es schwierig war, die Grenzen zwischen den einzelnen Ländern zu überqueren. Lange Zeit war Europa in Ost und West gespalten. Inzwischen ist – Gott sei Dank! – nicht nur über den einstigen Schützengräben und Feindbildern Versöhnung gewachsen. Auch der Eiserner Vorhang ist den Brücken der Verständigung gewichen. Es ist immer mehr wahr geworden, was unser verstorbener Heiliger Vater, der selige Papst Johannes Paul II., im Jahre 1991 in das schöne und sprechende Bild gebracht hat, dass Europa mit beiden Lungenflügeln atme. Er meinte damit, dass zu Europa nicht nur der westliche, sondern auch der östliche Kulturkreis gehört. Auch die Orthodoxie gehört zu den prägenden Kräften des geeinten Europas. Anlässlich des 50. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahr 2007 haben wir Deutschen Bischöfe ausdrücklich daran erinnert, wenn es in unserer Erklärung *„Europa: In Verantwortung vor Gott und den Menschen“* heißt: *„Das europäische Einigungswerk ist unvollendet, solange nicht alle europäischen Staaten, die dies wollen, an dem wichtigsten Instrument europäischen Zusammenhalts, der Europäischen Union, teilhaben. Es ist nicht eine beliebige Frage politischer Interessen, ob sie alle, besonders auch die Staaten des westlichen Balkans, Mitglied der Europäischen Union werden können, sondern eine Verpflichtung der heutigen Mitglieder, alles dafür zu tun, dass dies gelingt. Das Gleiche gilt für die Beitrittsaspiranten. Auch sie müssen sich vorbereiten: Dazu gehört neben politischen und wirtschaftlichen Reformen ebenso, das eigene Erbe anzunehmen, auch wenn dieses schmerzhaft und schuldbeladen ist.“* Hier wird deutlich: Nimmt man Europa als eine Wertegemeinschaft ernst, gehören zu den Voraussetzungen

künftiger Beitrittsrunden, so schwierig diese auch sein mögen, eben nicht nur solche wirtschaftlicher und politischer Natur, sondern auch die Bereitschaft, den für den Zusammenhalt der europäischen Union so wichtigen Grundwertekonsens mitzutragen. Deshalb ist nicht zuletzt die Ökumene in Europa so wichtig: Ohne eine Verständigung zwischen westlicher und östlicher Kirche kann auch die kulturelle und politische Einheit zwischen West und Ost in Europa nur schwer gelingen.

Ein Weiteres: den entscheidenden Anstoß erhielt das europäische Einigungswerk durch die Erfahrung der Katastrophen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – wie wir dies etwa am Beispiel Max Josef Metzgers gesehen haben. Wollten sich die Staaten Europas nicht selbst aufgeben, gab es nur eine Konsequenz: So kann es nicht weitergehen! Es muss Schluss sein mit Krieg und Tyrannei in Europa! Dazu bedurfte es als wesentlicher Voraussetzungen der Versöhnung, der Vertrauensbildung und der gegenseitigen Annäherung. Diese Vertrauensbildung hatte sich auch in entsprechenden Strukturen niederzuschlagen, die den innereuropäischen Frieden garantieren konnten. Pragmatisch ging man anfangs daran, die Volkswirtschaften der zunächst sechs beteiligten Länder – Frankreich, die Benelux-Staaten, Italien und Deutschland – in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der sogenannten Montanunion, mehr und mehr miteinander zu verflechten, die Kontrolle über die kriegswichtigen Güter Kohle und Stahl zusammenzulegen und erstmals nationale Hoheitsrechte auf eine supranationale Behörde zu übertragen. Als Robert Schuman am 9. Mai 1950 seinen Vorschlag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl präsentierte und damit den Anstoß gab für die wirtschaftliche Integration Europas, stellte er klar, dass dies nur einen begrenzten, doch entscheidenden Punkt, eine erste Etappe auf dem Weg zu einer europäischen Föderation darstellen würde. Wörtlich sagte er: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“ So war die wirtschaftspolitische Vergemeinschaftung kein Selbstzweck, sondern ein erster, bedeutender Schritt mit dem Ziel, die europäischen Völker selbst zusammenzuführen. Wirkliche Einheit und Integration setzt voraus, dass Menschen bei aller bleibenden nationalen Vielfalt ein gemeinsames Fundament besitzen. Eine florierende Wirtschaft ist dazu wichtig. Sie ist unverzichtbare Lebensgrundlage, aber sie ist nicht die Lebenserfüllung. Wir brauchen Brot zum Leben, aber wir leben nicht vom Brot allein. Um die Herzen der Menschen zu erreichen und für Europa zu begeistern, braucht es eine Vision.

Die Kirchen haben diesen inneren Einigungsprozess nachdrücklich unterstützt und mit Ermutigung, Rat und Tat begleitet. So hat etwa Papst Pius XII. gut drei Jahre vor der Unterzeichnung der Römischen Verträge eine Union der Völker Europas gefordert, *„die sich zwar voneinander unterscheiden, aber geographisch und historisch miteinander verbunden sind“*. Er hat für eine solche Union leidenschaftliche Worte gefunden; ich zitiere: *„Die Zeit scheint also reif dafür, dass die Idee Wirklichkeit werde. Warum noch zaudern? Das Ziel ist klar, die Bedürfnisse der Völker liegen offen vor aller Augen. Dem, der im Voraus eine absolute Garantie für den glücklichen Ausgang haben möchte, müsste man antworten, dass es*

sich wohl um ein Wagnis, aber um ein notwendiges Wagnis handele, um ein Wagnis jedoch, dass den gegenwärtigen Möglichkeiten entspräche, um ein vernünftiges Wagnis. [...] Wer absolute Gewissheit verlangt, beweist keinen guten Willen gegenüber Europa“. An dieser Stelle möchte ich auch erinnern, dass Papst Paul VI. zunächst den Heiligen Benedikt zum Patron Europas ernannt und Johannes Paul II. ihm später Cyrill und Method, Katharina von Siena, Brigitta von Schweden und Edith Stein als Mitpatrone zur Seite gestellt hat. Diese Heiligen spiegeln mit ihrer jeweiligen Lebensgeschichte und ihrer kulturgeschichtlichen Bedeutung Europa beinahe deutlicher wider, als es je eine Verfassungspräambel könnte: die Wurzeln in Judentum und Christentum, die Grundlagen von West und Ost, von lateinischem und orthodoxem Europa. Vor allem aber bleiben sie nicht in der Geschichte stehen, sondern als Patrone können sie uns den Weg in eine lebenswerte Zukunft weisen.

IV.

Viel ist bislang erreicht worden! Dafür dürfen wir dankbar sein. Zugleich gibt es keinen Grund, die Hände zufrieden in den Schoß zu legen. Das Einigungswerk ist noch nicht vollendet. Die Kirche ermutigt deshalb zu beherztem Fortschreiten auf dem eingeschlagenen Weg, freilich auch zu Kurskorrekturen dort, wo sich Mängel oder Schief lagen zeigen. Ich trete deshalb nachdrücklich für den Vertrag von Lissabon ein, auch wenn er nicht alle Erwartungen der Kirche erfüllt. Wie Sie alle wissen, hätte es dem Vertrag unseres Erachtens gut angestanden, wenn in die Präambel ein Gottesbezug und ein Bekenntnis zum christlich-jüdischen Erbe Europas eingefügt worden wären. Das wäre nicht nur folgerichtig, sondern vor allem auch zukunftsweisend gewesen. Wir können eben nicht darauf vertrauen, dass Werte wie Menschenwürde, Freiheit und soziale Gerechtigkeit – so einleuchtend und überzeugend sie für alle auch sein mögen – aus sich heraus wirken und Bestand haben. Freiheit ohne Verantwortung wird schnell zur Beliebigkeit! Menschenwürde ohne Rückbindung an den Schöpfer steht in Gefahr, in Egoismus und Überheblichkeit umzuschlagen. Dafür ist die Finanz- und Wirtschaftskrise ein sicherer Beleg. Und dabei frage ich mich: Wie überlebt ein Sozialstaat ohne den Wert der Nächstenliebe? Wie schnell relativiert sich der Schutz des menschlichen Lebens, wenn ökonomische Effizienz zum obersten Prinzip erhoben wird? Wenn Schönheit, Jugendlichkeit und Arbeitskraft zum alleinigen Maßstab für ein lebenswertes Leben werden?

V.

Wenn ich heute mit Ihnen über Europa spreche, dann tue ich das nicht als Politiker oder Ökonom. Ich spreche als Theologe und Mann der Kirche. Aber ich tue dies auch auf dem Hintergrund meiner eigenen Biografie – zumal der Titel der Vortragsreihe geradezu dazu einlädt: „Mein Europa!“. Gestatten Sie deshalb, dass ich kurz sehr persönlich werde: Manche von Ihnen werden wissen, dass ich als Volksdeutscher und Donauschwabe im ehemaligen Jugoslawien geboren bin. Meine Vorfahren waren unter Kaiserin Maria Theresia in den Jahren 1760-1763 aus den verschiedensten Gegenden des damaligen Reiches – aus Lothringen, der Pfalz, dem Frankenland, aus dem Schwarzwald, aus Hohenzollern und der Oberpfalz – in den Südosten ausgewandert. Meine väterliche Linie „Zollitsch“ geht zurück

nach Tirschenreuth in der Oberpfalz, meine mütterliche Linie „Geiger“ in den Schwarzwald. In der ungarischen Tiefebene entstanden deutsche Siedlungen. So auch mein Heimatort auf dem Gelände eines ehemaligen Klosters zu Ehren des heiligen Philippus. So entstand die Gemeinde Philippsdorf oder einer mehr der serbischen Umgebung angeglichen Form: „Filipovo“ – mit ca. 5000 Bewohnern.

Mein ältester Bruder wurde 1943 mit 18 Jahren zum deutschen Militär eingezogen; mein Vater mit 43 Jahren im Oktober 1944 ebenfalls. Ende Oktober 1944 kamen die Russen. Sie waren menschlich. Bald darauf aber kamen Titos Partisanen. Mit ihnen begann die schreckliche Zeit. Am 25. November 1944 wurden 212 Männer zwischen sechzehn und sechzig Jahren, darunter mein damals gerade erst sechzehnjähriger Bruder Josef, von Titos Partisanen grausam abgeschlachtet und in drei Massengräber, die sie zuvor hatten selbst ausheben müssen, verscharrt. Ich war damals sechs Jahre alt und erinnere mich an viele Details. Ich höre die Schüsse heute noch, als sie aus unserem Dorf hinaus getrieben wurden. In meinen Ohren klingen noch die bangeren Fragen, das Weinen und die Verzweiflung der Mütter, der Ehefrauen, der Kinder.

Meine Mutter wurde in ein Zwangsarbeitslager abgeholt. Und am 1. April 1945 – es war der Ostersonntag – wurde ich mit meiner Großmutter und drei Cousinen in meinem Alter ins Vernichtungslager Gakovo eingeliefert. Der Vater meiner Cousinen war als Soldat eingezogen worden und ihre Mutter an Weihnachten 1944 zur Zwangsarbeit in die Kohlengruben Russlands deportiert worden. Im Vernichtungslager Gakovo befanden sich teilweise zwischen 18.000 und 23.000 Deutsche – vorwiegend alte Leute und Kinder. Wenn wir mal wieder – um nur ein Beispiel zu nennen – morgens um halb vier antreten mussten, um gefilzt zu werden, wurde zunächst mal eine Frau vor unseren Augen erschossen, um uns Angst zu machen und zu zeigen, dass wir in den Augen von Titos Machthabern nichts sind. Alte Leute und Kinder verhungerten, starben massenweise. Die Leichen wurden in die Massengräber geworfen bis diese voll waren, und dann mit Erde zugedeckt. Warum erzähle ich dies?

Ich erzähle es, weil Sie, werte Zuhörer, dadurch vielleicht besser verstehen, dass ich seit den furchtbaren Erfahrungen meiner Kindheit und den schrecklichen Erlebnissen im Vernichtungslager ein leidenschaftlicher Gegner jeglicher Diktatoren bin; ich bin ein Kämpfer für Freiheit, Menschenwürde und Zivilcourage. Wer solches erleben musste, der weiß einen demokratischen Staat zu schätzen. Ich kann nicht verstehen, wie Menschen in unserem Land von ihrem Wahlrecht nicht Gebrauch machen können. Wie viele allein schlechtes Wetter davon abhält, ihre Stimme abzugeben, während Menschen in anderen Ländern ihr Leben für demokratische Strukturen einsetzen. In all dem, was Menschen in den Konzentrationslagern erlitten haben, wird erschreckend deutlich, was der Mensch mit dem Menschen zu machen imstande ist, wenn Gott nicht „dazwischen“ steht, wenn das Gewissen außer Kraft gesetzt ist, wenn die Würde des Menschen mit Füßen getreten und die Achtung vor dem Leben verletzt werden, wenn nur noch Macht und Egoismus zählen.

Gegenseitiger Respekt, verantwortete Freiheit, Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Frieden – diese Werte, die Europa atmet, sind nicht, wie manche meinen, in erster Linie das Ergebnis modernen Denkens. Sie sind aus der langen kulturellen und geistigen Tradition Europas nicht herauszulösen. Diese Werte, die wir heute hoch schätzen und – völlig zu Recht – einfordern, gründen tief und haben tragende Wurzeln. Sie sind Früchte eines langen Ringens und Kämpfens, einer einmaligen Freiheits- und Solidaritätsgeschichte. Ihre tiefsten Wurzeln liegen in der jüdisch-christlichen, das heißt in der biblischen Sicht des Menschen. Bei einer Podiumsdiskussion, an der ich zusammen mit dem Präsidenten des Deutschen Bundestags, Norbert Lammert, teilgenommen habe, antwortete er auf die Frage: *„Wie christlich ist unsere Kultur?“* mit einem beeindruckenden Bild. Er sagte: *„Es ist irrtümlich, wenn man meint, man brauche sich um die Wurzeln nicht mehr zu kümmern, weil die Bäume doch so herrliche Kronen bekommen hätten!“* Dem ist nichts hinzuzufügen. Er griff damit – wenn auch vielleicht eher unbewusst – ein Wort des Apostels Paulus auf, der bereits seine damaligen Zeitgenossen mit den Worten mahnte: *„Nicht du trägst die Wurzel, sondern die Wurzel trägt dich“* (Röm 11,18). Damit wird mit Blick auf Europa deutlich: Um Europa nicht nur als Währungs- und Wirtschaftsunion voranzubringen, sondern uns der eigenen Identität zu vergewissern und uns immer mehr zu einer Gemeinschaft zu entwickeln, müssen wir uns wieder stärker unserer Wurzeln vergewissern, aus denen wir leben. Die Wurzeln, die Grundlagen der europäischen Einigung, die gemeinsamen Werte, auf denen Europa beruht und die es groß und erfolgreich gemacht haben, auch die Erinnerung an die gemeinsame Geschichte und Kultur, gilt es bewusst zu pflegen, zu fördern und auch kommenden Generationen weiterzugeben.

Aus dieser Erfahrung heraus wächst die Verantwortung, ja die Verpflichtung zur Gestaltung eines vereinten Europas. Gerade deshalb mache ich mir im Zuge der derzeitigen Euro-Schuldenkrise große Sorgen um das Verhältnis der europäischen Völker untereinander. Beim Geld, so sagt das Sprichwort, hört die Freundschaft auf. Aber das bedeutet keinesfalls, dass das Verhältnis in sein Gegenteil umschlagen muss. Das Schüren von Vorurteilen und die Bedienung nationaler Stereotypen sind nicht nur unfruchtbar, sondern entzweien die Völker. Mich schmerzt sehr, dass solche Entwicklungen in den vergangenen Monaten und Jahren der Krise in Europa deutlich zugenommen haben. Sowohl die Beschimpfung der Griechen als faul auf der einen Seite als auch die Karikaturen und Anspielungen auf den Nationalsozialismus auf der anderen Seite zerbrechen Vertrauen, das mühsam aufgebaut worden ist und das wir innerhalb Europas dringend brauchen. Denn die europäische Einigung ist doch vor allem ein Projekt der Versöhnung. Deshalb ist es wichtig, sich durch die Schuldenkrise nicht grundsätzlich auseinanderbringen zu lassen.

VI.

Es wäre falsch, zu meinen, es ginge mir um eine rückwärtsgewandte Romantik, die Sehnsucht danach hat, das einstige christliche Abendland wieder herzustellen. Im Gegenteil: Mein Blick richtet sich auf Gegenwart und noch mehr auf die Zukunft. Ich traue gerade der christlichen

Tradition eine erneuernde Kraft für unseren bisweilen müde erscheinenden Kontinent zu. Eine Gesellschaft, die in der Botschaft des Evangeliums wurzelt, ist eine lebenswerte und zukunftsfähige Gesellschaft. Wir dürfen nicht übersehen, dass moderne Gesellschaften dazu neigen, in der Gestaltung des individuellen wie des gemeinschaftlichen Lebens von der Beziehung zum lebendigen Gott abzusehen und allein den Kräften der eigenen Vernunft und den Möglichkeiten der Wissenschaft, der Technik sowie der Ökonomie und Medizin zu vertrauen. Gott ist vor vielen Türen in Europa nicht nur ein Fremder, sondern mittlerweile auch ein Obdachloser geworden – wie auf kaum einem anderen Kontinent unserer Erde. Auch davon zeugt die Präambel des Vertrags von Lissabon. Ein Gottesbezug bewahrt uns Menschen davor, immer nur um uns selbst zu kreisen. Er stellt uns in einen größeren Verantwortungszusammenhang und weist zugleich auf die Grenzen menschlichen und politischen Handelns hin.

Gestatten Sie mir deshalb mit Hinblick auf die weitere Entwicklung der Europäischen Union die Frage nach dem „*Sozialen Europa*“ kurz zu skizzieren.

Die europäische Einigung war trotz ihrer klaren kulturellen und gesamtpolitischen Dimension zunächst funktional angelegt. Die Europäische Gemeinschaft war deshalb, wie schon gesagt, ursprünglich primär eine Wirtschaftsgemeinschaft und setzte entsprechend auf ökonomische Ziele und eine eher technokratische, ordoliberalen Politik. Die Sozialpolitik blieb nationale Domäne; der Markt sollte jeweils in der Verantwortung der Mitgliedstaaten sozial eingebettet werden. Zwar wurden in die Wirtschaftsgemeinschaft im Laufe der Zeit vorsichtig sozialpolitische Spielräume eingefügt; parallel dazu wurde aber, gerade bei den großen Fortschritten seit Mitte der achtziger Jahre, die wirtschaftliche Integration immer stärker zum Leitmotiv der Europäischen Gemeinschaft. Unter seiner Einwirkung und Rationalität wurden – vor allem mit dem Ziel der Vollendung des Binnenmarktes – immer mehr Politikbereiche einbezogen und beeinflusst. Inzwischen prägt die europäische Rechtsetzung und Politik – mal mittelbar, mal unmittelbar – eine Fülle von Politikbereichen, welche von der Wirtschafts- und Agrarpolitik über die Klimaschutzpolitik und die Familienpolitik bis hin zur Forschungspolitik reichen. Man schätzt, dass derzeit mehr als 70% der deutschen Gesetzgebung – zum Teil bis in die Einzelheiten – von der europäischen Ebene beeinflusst werden. Ausrichtung und Instrumente des Gemeinschaftsrechts leiten sich aber weiterhin vorwiegend von einer wirtschaftlichen Perspektive ab. Dies stellt immer wieder neue Anfragen an eine Austarierung der wirtschaftspolitischen Grundfreiheiten einerseits und der sozialen und Arbeitnehmerrechte andererseits. Die soziale Dimension der EU, die zweifelsohne besteht, kann sich schon aus strukturellen Gründen nicht immer in der wünschenswerten Weise gegenüber der wirtschaftlichen Dimension behaupten. Ein Beispiel dafür ist die auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie abzielende Familienpolitik. Im Vordergrund scheint hier – pointiert ausgedrückt – weniger der Schutz der innerfamiliären Bindung zu stehen, als vielmehr das Bestreben, die Eltern möglichst rasch wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren und ihre Arbeitskraft effektiv im Wirtschaftsprozess zu nutzen. Leider ist die Einsicht, dass die Familie die wesentliche Grundlage der Gesellschaft, ja die Keimzelle jedes Staates überhaupt ist, längst nicht mehr selbstverständlich. Nicht nur

sozialpolitisch oder finanziell sind viele Familien unter Druck geraten, auch ideologisch sehen sie sich oft Stimmen gegenüber, die die tragende Rolle und den Wert der Familie in Frage stellen. Hier sind wir besonders gefordert. Hier geht es nicht um partikulare Interessen einer bestimmten Kirche, sondern um das Gemeinwohl. Eine Gesellschaft ist nur dann zukunftsfähig, wenn Kinder willkommen sind und wenn Familien unterstützt werden. Eine Politik der Europäischen Union, die Zukunft eröffnen will und über den Tag hinaus denkt und entscheidet, hat keine andere Wahl, als die Bedürfnisse der Familien stärker in den Blick zu nehmen. So ist weniger die Anpassung der Familien an die Arbeitswelt das Gebot der Stunde, sondern umgekehrt die menschengerechtere und familienfreundlichere Gestaltung von Wirtschaft und Arbeitswelt.

VII.

Wenn von der weiteren Entwicklung die Rede ist, darf man der EU auch noch in anderer Hinsicht zu mehr Sensibilität und Behutsamkeit raten. Bisweilen nimmt sie zu wenig Rücksicht auf die gewachsene Kultur, Tradition und Rechtsordnung ihrer Mitgliedstaaten. Aber die Zukunft der Europäischen Union hängt schließlich entscheidend von der Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger ab. Deshalb darf die EU auf dem Weg der Integration lokale, regionale und auch nationale Eigenheiten in Sprache, Kultur, Mentalität, sozialer Prägung usw. nicht beeinträchtigen, sondern muss diese als Elemente der europäischen Vielfalt respektieren und pflegen. Sie muss die Verwurzelung der Menschen in ihren jeweiligen Bezügen nutzen, um eine europäische Identität zu fördern, die die Gemeinsamkeiten hervorhebt, ohne die Bedeutung des Besonderen zu mindern. Nur in seiner ganzen Vielgestaltigkeit kann Europa seine Einheit finden, wie es das Motto der Europäischen Union zum Ausdruck bringen will: „In Vielfalt vereint“. Ein Zweites ist nicht zu übersehen: Die Europäische Union kann bei vielen Bürgern an Akzeptanz verlieren, wenn sie Regelungen, Vorschriften und Gesetze erarbeitet, die man ohne Weiteres den einzelnen Ländern überlassen könnte. Wir wissen seit langem: Das Subsidiaritätsprinzip verlangt Beachtung. Gerade ein soziales Europa muss zum Ziel haben, Menschen und kleinere Gemeinschaften wieder verstärkt zu eigenständigem und eigenverantwortlichen Handeln zu befähigen statt überzuregulieren. Bemühungen um mehr Transparenz in der europäischen Politik und in den Verfahrensabläufen sind ebenso zu begrüßen wie Beiträge, die die Bürgernähe Europas verbessern. Und mit Blick auf das Solidaritätsprinzip gilt: Der Stärkere zeigt sich solidarisch gegenüber dem Schwächeren, indem er ihn befähigt, seinen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Der Schwächere zeigt sich solidarisch, indem er den ihm selbst zur Verfügung stehenden Beitrag leistet und nicht die Solidarität anderer in Anspruch nimmt, die er nicht benötigt. Solidarität setzt also die Wahrnehmung von Eigenverantwortung voraus.

Deshalb erscheint es mir begrüßenswert, dass bei allen politischen Maßnahmen in Europa die Frage der Eigenverantwortung nicht aus dem Auge verloren wird. Dass für Staatshilfen auch Gegenleistungen eingefordert werden, ist richtig. Nur strukturelle Reformen, die die Eigenverantwortung stärken und die Verbindung von Entscheidung und Verantwortung nicht auflösen, können langfristig Stabilität schaffen. Bei der Reform des Stabilitäts- und

Wachstumspakts zum Beispiel sind verbindlichere Durchgriffsrechte wünschenswert. Eine Aufweichung der Regeln nach kurzfristigen politischen Überlegungen wie wir es in der Vergangenheit erlebt haben, müsste am besten durch einen Sanktionsautomatismus verhindert werden, der bei Verstößen gegen die Stabilitätskriterien greift.

Wenn es gelingt, verbindlichere Regeln in der EU durchzusetzen, dann habe ich die Hoffnung, dass die Krise auch zu einer Stärkung der Europäischen Union führen kann. Die Krise ist ja auch dadurch entstanden, dass man sich bei der Gründung der EU in den 1990er Jahren eben nicht auf die Herstellung einer völligen politischen Union einigen konnte. Auch in Deutschland war dafür keine Mehrheit zu finden. Ich würde mir wünschen, dass dieses damals nicht durchsetzbare Erfordernis heute nachgeholt würde, weil damit nicht nur die Finanzen und die Wirtschaft stabilisiert würden, sondern auch die politische Integration vertieft würde. So könnte die Eurokrise zu einer Stärkung der europäischen Einigung und zu einer Vertiefung der Beziehungen unter den europäischen Völkern führen. Das wäre die Fortsetzung des Versöhnungs- und Einigungsgedankens, der uns über sechzig Jahre lang auf dem Weg der Integration geleitet hat.

VIII.

Vor fast auf den Tag genau 14 Jahren, am 20. Juni 1998, hat sich Papst Johannes Paul II. in der Wiener Hofburg an die Politiker und an das Diplomatische Corps gewandt mit den Worten: *„Es wird von uns Christen abhängen, ob Europa sich in sich und seinen Egoismen einkapselt, wobei es auf seine Berufung und seine Rolle in der Geschichte verzichten würde, oder ob es in der Kultur des Lebens, der Liebe und der Hoffnung seine Seele wiederfindet“*. Ich möchte ergänzen: Es hängt überhaupt ganz wesentlich von uns Christen ab, wie sich Europa weiterentwickeln wird, ob es zu einer Einheit in Vielfalt zusammenwachsen wird, ob Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Sozialstaatlichkeit und Demokratie stabil bleiben, ob die Menschen das Haus Europa als ihr eigenes annehmen und sich darin zu Hause fühlen. Damit dies gelingt, braucht Europa eine religiöse Dimension, so etwas wie eine religiöse Leitwährung. Die Hoffnung, eine gerechtere und menschenwürdigere Welt zu bauen, kann nicht von der Erkenntnis absehen, dass die menschlichen Anstrengungen vergebens wären, wenn sie nicht von der göttlichen Hilfe begleitet würden, denn *„wenn nicht der Herr das Haus baut, müht sich jeder umsonst, der daran baut“* (Ps 127,1), sagt uns der Psalm 127. Auch ein geeintes, demokratisches, soziales Europa lebt von Voraussetzungen, die es selbst nicht garantieren kann. Wir alle haben ein existenzielles Interesse daran, aber auch die Verantwortung dafür, dass diese Voraussetzungen erhalten bleiben. „Und wir Europäer“, so hat es Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble vor einem Monat anlässlich der Verleihung des Internationalen Karlspreises in Aachen eindringlich formuliert, „wir Europäer haben aufgrund unserer Geschichte, unserer Erfahrung, unseres Wohlstands die Verantwortung, für die globalisierte Welt Lösungen mit zu entwickeln, Lösungen, die die gewaltigen Veränderungen durch demografische Entwicklungen, technologische Innovationen und durch die Begrenztheit von Ressourcen beherrschbar bleiben lassen. [...] Wer, wenn nicht auch wir Europäer, soll sich mit Fragen beschäftigen wie Achtung der Menschenwürde,

Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit gewonnen und bewahrt werden können? Woher kommen in der Anonymität des Internets Werte und Orientierungen, ohne die menschliche Ordnung und Freiheit niemals möglich waren? Was wird die Rolle von Religion und Religiosität sein? Fragen über Fragen, und bei der Suche nach Antworten werden europäische Erfahrungen gebraucht im Interesse der Welt, aber nicht zuletzt um der Zukunft der relativ weniger werdenden Europäer Willen.“ Ja, wir alle haben die Chance, Europa als einen Kontinent der Hoffnung zu gestalten; einen Kontinent, der um seine Identität weiß und dazu beiträgt, eine gerechtere Welt zu gestalten. Dazu braucht es mutige und mündige Christen, die die Botschaft des Evangeliums in die heutigen Fragen hinein buchstabiert, damit das europäische Haus stabil und wetterfest bleibt. Die Kirche wird dazu ihren Beitrag leisten.